

Pressemitteilung zum Bericht „Vor Ort sind die Bedenken groß“

Die Pflicht, Flüchtlinge aufzunehmen, kann nicht diskutiert werden.

Die Diskussion zu der Unterbringungsmöglichkeit in Ochsenberg wird seit Jahresbeginn, begleitet von öffentlicher Berichterstattung geführt. Zwischen Kreisverwaltung, Bürgermeister und Bürgervertretung Ochsenberg haben mehrere Gespräche statt gefunden, über die ebenfalls in der Presse berichtet wurden.

Seit März ist bekannt, dass eine Bürgerversammlung in Ochsenberg angestrebt wird, um das inzwischen vorliegende Betreuungskonzept vorzustellen und die Beweggründe für die Entscheidung, Flüchtlinge im Freizeitheim unterzubringen, darzulegen.

Mehrfach wurde in den Ausschüssen des Kreistags und im Gemeinderat beraten. Dies mündete u.A. in einen Beschluss, der an die Kreisverwaltung appelliert, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Unterbringung in Ochsenberg die Teilhabe am öffentlichen Leben und die angemessene Betreuung der Flüchtlinge gewährleistet.

Diese intensive Auseinandersetzung mit der Herausforderung, viele, z.T. traumatisierte Menschen angemessen unterzubringen, wird -das zeigt auch der vorliegende Bericht-, beharrlich ignoriert.

Ein Dialog wird eingefordert, der schon lange statt findet bzw. statt gefunden hat. Er wurde von Seiten der Bürgervertretung beendet. Als Grund wurde nach Auskunft der Beteiligten angegeben, dass Ziel der Bürgervertretung war, die Unterbringung von Flüchtlingen zu verhindern, nicht, zu begleiten.

Rahmenbedingungen werden als unzumutbar kritisiert, die die Betroffenen möglicherweise völlig anders wahrnehmen und einschätzen. Ansätze des Betreuungskonzepts werden im Vorfeld kritisiert, ohne die tatsächliche Umsetzung abzuwarten. Es wird wachsende Kriminalität und Gefährdung der Sicherheit beschworen und damit unterstellt, dass es beides bisher nicht gäbe und ausschließlich von Menschen, die wir noch gar nicht kennen, ausginge.

Fakt ist: Wir haben im Landkreis die Pflicht, Flüchtlinge bis zum Abschluss ihres Asylverfahrens angemessen unterzubringen und es bedarf aller Kräfte, um dieser Pflicht bei ständig wachsenden Zahlen nachzukommen.

Dazu kann und darf es keine Grundsatzdiskussion geben. Dies Pflicht muss erfüllt werden. Mangels Alternativen auch dort, wo die Infrastruktur nicht optimal ist oder wo es „Bedenken“ gibt. Ds gilt nicht nur für Ochsenberg.

Denn: Die Kreisverwaltung ist gezwungen, jede Möglichkeit der Unterbringung zu nutzen. Selten werden die Bedingungen optimal sein. Deswegen wurde eine Rahmenkonzeption für Unterbringung und Betreuung erarbeitet, die wir GRÜNEN im Übrigen schon seit 2012 einfordern. Diese ist eine gute Grundlage für die Bewältigung der anstehenden Aufgaben. Erst in der Umsetzung wird sich zeigen, wo sie den Realitäten genügt und wo sie angepasst werden muss. Das sollte mit der notwendigen Gelassenheit gehandhabt werden.

In Anbetracht dessen, dass die Flüchtlingsströme noch weiter anschwellen, werden wir auch in Zukunft keine „Grundsatzbeschlüsse“, weder zu Standorten, noch zu Voraussetzungen fassen können. Bei fehlenden Kapazitäten müssten diese Grundsätze umgehend fallen.

Dazu kommt: Bisher denken die Wenigsten an die notwendige Anschlussunterbringung, die absehbar für einen nicht unerheblichen Teil von Menschen organisiert werden muss. Dafür haben die Gemeinden die Verantwortung, aber derzeit ebenfalls kaum Möglichkeiten.

Angesichts dieser Lage hilft es wenig, populistisch „Geheimniskrämerei“ und mangelnde Dialogbereitschaft zu unterstellen. Die Realität widerlegt diese Behauptungen. Im Übrigen führen Diskussionen ohne Grundlagen genau so zu Unzufriedenheit, wie fehlende; der öffentliche Dialog ist stets eine Gratwanderung.

Wir GRÜNEN und Unabhängige appellieren an das, was gerade hier im Kreis so gerne postuliert wird: Kreis und Kommunen sitzen als „kommunale Familie“ in einem Boot. Sie besteht letztendlich aus „Einheimischen“, viele im Übrigen ehemalige Flüchtlinge, Zugewanderten aus dem In- und Ausland und zunehmend Flüchtlingen. Menschen, die aus Angst um ihr Leben vor Gewalt, Krieg und Armut fliehen. Wir alle, die wir hier in gesicherten Verhältnissen leben, müssen zusammen stehen, um diesen Menschen eine Zuflucht zu bieten.

Mutmaßungen, Unterstellungen und Scheindebatten befeuern „Vorbehalte“ und Widerstände. Wir dagegen brauchen den gemeinsamen Willen, diese Aufgabe so gut wie möglich anzupacken.